

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger)

Druckort: Riesner  
Grenz Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Reichsregierung, des Reichsgerichts, der Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht und des Rates der Stadt Ries, des Finanzamts Ries und des Hauptamts Ries.

Postkonto: Dresden 1530  
Stroße Ries Nr. 52.

Nr. 265.

Donnerstag, 13. November 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis pro Nummer 1 Pfennig. Für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bahn. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundfläche 100 (1000) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restfläche 100 Gold-Pfennige. Preisänderungen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarif. Gewählter Rabatt 10%, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konten geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Ries. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Postämter oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung aber auf Nachzahlung des Bezugspreises. Kolonialland und Verlag: Langner & Winterlich, Ries. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hoffmann, Ries; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Ries.

## Diktator Poincaré.

Ein Vierteljahr lang hielt die französische Kammer ihre Pforten streng geschlossen. Nach lauem Sägen und erst auf Grund sehr energischer Vorstellungen der Fraktionsführer hat sich Poincaré nun endlich dazu bereitgefunden, dem Präsidenten der Republik das Einberufungsdekret für den 12. November zu unterbreiten. Man hat sich daran zu erinnern, daß die Kammer, als sie vor einem Vierteljahr auseinandertrat, Poincaré Vollmachten übertrug, die es ihm gestatteten, auf dem Verordnungsweg das zu betreiben, was er zur Behebung der Inflation und der Finanznot des Landes für gut befand. Man konnte sich überzeugen, daß Poincaré in den letzten Monaten Gehör an seiner Diktatur gefunden hat. Wohl hatte der französische Regierungschef der Kammer vor ihrer Vertagung das Versprechen gegeben, die Wiedereröffnung des Parlaments spätestens bis zum 1. Oktober dieses Jahres zu veranlassen. Sein Versprechen hat er nicht eingehalten. Man darf annehmen, daß er die Kammereröffnung noch weiter hinausgeschoben hätte, wenn er nicht durch die Presse fast aller Parteien und durch den Druck der Abgeordneten gezwungen worden wäre, den Termin für die Wiedereröffnung der Kammer nun endlich festzusetzen.

Wenn auch so der Beginn der Parlamentarisation in Frankreich als eine Schande Poincarés bezeichnet werden kann, so darf man deshalb doch nicht annehmen, daß er seine Diktatur, die ihm auf Grund der politischen Ohnmacht der Kammer vor einigen Monaten in die Hände gegeben wurde, für verloren ansieht. Im Gegenteil, die letzten Kabinettsitzungen zeigten in ihrem Ergebnis, daß Poincaré nicht nur gewillt ist, seine Vollmachten, die sich bisher lediglich auf Dinge der Innenpolitik beschränkten, nicht aus der Hand zu geben, daß er vielmehr auch gelassen ist, diese Vollmachten auch auf alle Fragen der Außenpolitik zu erweitern. Die Weisungen, die das französische Kabinett vor einigen Tagen sah, laufen in der Tat darauf hinaus, die politische Verantwortung des Parlaments bei allen wichtigen Fragen sowohl der Innen- wie auch der Außenpolitik auszuweichen. Wenn Poincaré der Kammer eine Eröffnungsberechtigung überhaupt noch zubilligt, so geschieht dies nur aus dem Grunde, weil er sie zur Bewältigung der für seine Ausgaben notwendigen Mittel nötig hat. Somit muß wenigstens im Augenblick, das französische Parlament unter der Diktatur Poincarés zu einer Geldbewilligungsmaschine herunter. Eine Tatsache, die recht kennzeichnend ist für die Entwicklung, die die parlamentarischen Verhältnisse fast aller Länder in den letzten Jahren nehmen.

Wie gelang Poincaré diese Rundumschmeichelei der Kammer? Er hat zu erkennen gegeben, daß er beabsichtigt, durch Stellung der Vertrauensfrage die Kammer zu zwingen, zunächst nur in die Aussprache über den Haushaltsvoranschlag für 1927 einzutreten. Das heißt mit anderen Worten, daß er es nicht dulden will, daß über andere politische Fragen debattiert wird, bevor nicht der Haushaltsvoranschlag eingehend verhandelt ist. Man hat zu beachten, daß bereits jetzt der Termin für den Beginn der Weisungsferien am 20. Dezember festgelegt ist. Die Frist von heute bis zu diesem 20. Dezember ist so kurz bemessen, daß sie kaum ausreichen dürfte, auch bei energischer Durchpressung der einzelnen Kapitel des Voranschlags die ganze Vorlage bis zur Vertagung zu erledigen. Daß bei einer solchen diktatorischen Festlegung des Arbeitsplans der Kammer eine Aussprache über andere wichtige außenpolitische Probleme in absehbarer Zeit nicht stattfinden kann, ergibt sich von selbst.

Man wird sich vielleicht erkaunt fragen, aus welchen Gründen die Kammermehrheit sich ein solches Verfahren gefallen läßt. Das Erstaunen wird doppelt groß sein, wenn man erfährt, daß selbst die sozialistische Fraktion beschlossen hat, in der entscheidenden Aussprache über die Festlegung der Tagesordnung nicht gegen die Regierung zu stimmen, sondern lediglich Stimmhaltung zu üben. Die Lösung des Rätsels ist sehr einfach. Diese Nachgiebigkeit der Kammer ist erstens eine logische Folge ihrer politischen Ohnmacht, die Poincaré seine innenpolitische Diktaturvollmacht gab und zweitens die Erkenntnis wohl des gesamten Frankreichs, daß jede Krise im Augenblick ungeheurer Schwere sich auf die Gestaltung der letzten Finanzverhältnisse des Landes auswirken muß. In der Tat ist keine einzige Kammerpartei dazu bereit, die Verantwortung für eine neue Währungskrise durch eine Kompromittierung der innenpolitischen Situation zu übernehmen. Diese Furcht vor der Verantwortung ist das einzige Moment, das Poincaré im Augenblick gestattet, sich als unumschränkter Diktator über alle innen- und außenpolitischen Dinge Frankreichs zu stellen.

Und trotzdem, die französische Politik ist im Augenblick erfüllt von einem Wust schwerwiegendster Probleme, die ohne eine Mitwirkung des Parlaments, also ohne Mitverantwortung der gelegentlichen Adversität einfach nicht bewältigt werden können. Da herrt immer noch Thaurin seiner Auslegung. Da erregt sich der Garibaldi-Standal, der sehr bedenkliche Nachschichten eines Mussolini-

schen Nachbinkels höchstens. Nach dem Willen Poincarés darf die Kammer sich mit allen diesen in die vitalen Interessen Frankreichs einschneidenden Dingen nicht beschäftigen. Deutlicher kann eine reiflose Ausschaltung eines Parlamentes nicht dokumentiert werden. Wenn auch Poincaré sich den Mut erlauben darf, die Kammer als eine Paganette zu behandeln, so wird er sich doch nicht der Gerechtigkeit verschließen können, daß die Verantwortung in diesem Mut nur eine momentane Anseligkeit ist. Womit gesagt sein dürfte, daß die Diktatur Poincarés, wie jede Diktatur nur eine vorübergehende Erscheinung zu sein hat.

## Der sächsische Landtag für den 25. November einberufen.

II Dresden. Die sächsische Staatskanzlei teilt mit: Das Gesamtministerium hat auf Grund von Artikel 8 der sächsischen Verfassung beschlossen, den neu gewählten Landtag für Donnerstag, den 25. November, nachmittags 1 Uhr, nach Dresden einzuberufen. Den Abgeordneten gehen besondere Schreiben der Staatskanzlei zu. Eine Verordnung darüber wird im nächsten Belegblatt veröffentlicht.

## Die Arbeitsfürsorge im Ausland angenommen.

\* Berlin. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages nahm gestern nach Schluß der Plenarsitzung den Beschlusses über die Arbeitsfürsorge für Erwerbslose mit den Forderungen der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und Bäckischen an. Die Verhandlungsprotokolle der Deutschnationalen, der Kommunisten und Bäckischen wurden abgelehnt.

Der entscheidende Paragraph lautet nunmehr: "Die Erwerbslosen der öffentlichen Arbeitsnachweise sind verpflichtet, eine Arbeitsfürsorge für Erwerbslose, die Erwerbslosenerhaltung bezogen haben und ausgetrennt sind, einzurichten. Die Arbeitsfürsorge ist nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen auch solchen Erwerbslosen zu gewähren, die schon in der Zeit vom 1. April 1926 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes wegen Ablauf der gesetzlichen Unterhaltungsansprüche aus der Erwerbslosenerhaltung ausgeschieden sind. Auch solche nach dem 1. April 1926 ausgeschiedene Erwerbslose, die seitdem nicht laufend von der öffentlichen Fürsorge unterstützt worden sind, können auf Antrag in die Arbeitsfürsorge aufgenommen werden."

Weiter bestimmt die Vorlage in der letzten Fassung: "Für Erwerbslose, die aus der Erwerbslosenerhaltung oder der öffentlichen Fürsorge in die Arbeitsfürsorge übernommen werden, besteht keine Parteizugehörigkeit."

Das Gesetz soll bis zum 31. März 1927 gelten. Die Reichsregierung kann mit Zustimmung des Reichstages die Geltungsdauer verlängern. Kann dabei einzelne Bezirke oder Bezirke von der Arbeitsfürsorge ausnehmen oder die Arbeitsfürsorge auf einzelne Bezirke oder Bezirke beschränken und die Fürsorge zeitlich begrenzen.

Zu der Vorlage wurden Entschlüsse der Sozialdemokraten und der Regierungsparteien angenommen, in denen die Reichsregierung ersucht wird, den durch die Arbeitsfürsorge besonders belasteten leistungsschwachen Gemeinden angemessene Beihilfen zu gewähren.

## Finanzausgleich vor dem Reichskabinett.

\* Berlin. Wie der demokratische Zeitungsdienst mitteilt, hat das Reichskabinett den vom Reichsminister der Finanzen vorgelegten Gesetzentwurf über den provisorischen Finanzausgleich verabschiedet. Wie verlautet steht der Entwurf u. a. vor, daß der umkrittene § 55 des bisherigen Finanzausgleichsgesetzes noch bis zum 31. März 1928 bestehen bleibt.

## Bayerns Kampf gegen den Finanzausgleich.

\* München. In einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei sprach gestern der Finanzminister Dr. Krauß über den Finanzausgleich. Auch Ministerpräsident Dr. Held ergriß das Wort, um die Wichtigkeit des bevorstehenden Kampfes um den Finanzausgleich zu unterstreichen und zur Eingekerkelung in diesem Kampfe aufzufordern. In einer Entschließung gaben die Versammelten ihrem Bauern Ausdruck über die finanzielle Ausweglosigkeit der Länder, deren Aufgabe in einem deutschen Einheitsstaat angestrebt werde. Die geplante Verlängerung des letzten Finanzausgleiches wurde als eine Verletzung der Reichsverfassung bezeichnet, wenn nicht ganz wesentliche Verbesserungen zu Gunsten der Länder und Gemeinden vorgenommen würden.

## Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Reichstage

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die Regierungsparteien sind am Freitag vom Reichstager über die Einigungsgrundlage mit den Sozialdemokraten in der Erwerbslosenfrage unterrichtet worden. Die Verhandlungen werden erst für verständig erklärt, wenn die Zustimmung der Sozialisten und der Sozialdemokraten vorliegt. Von Seiten der Regierungsparteien wurde sehr betont, daß die Sozialdemokraten eine schriftliche Bindung nicht eingetragene, die Regierungspolitik nicht durch eigene Anträge nicht mehr zu sabotieren. Der Kanzler konnte daraufhin nur erklären, daß bei den Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Führern das Bestmögliche erreicht worden sei, da der letzte Flügel der Sozialdemokraten noch immer bestrebt gegen eine Zusammenarbeit der Partei mit der bürgerlichen Mitte polemisierte. Von einer Sicherheit für die Regierung könne infolgedessen auch heute noch nicht gesprochen werden. Der Kanzler glaubt aber, daß es im Laufe der Sozialdemokratenarbeit gelingen werde, in dauernder Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten für eine weitgehende Unterbrechung der Regierungstätigkeit zu gewinnen, dies umso mehr, als die Deutschnationalen ihre Bemühungen auf die Gewinnung eines größeren Einflusses fortsetzen und sich dabei aller Mittel bedienen werden, die ihnen zur Verfügung stehen. Bei den Verhandlungen des internationalen Ausschusses wurde auch die Kooperationsfrage angesprochen, die die beste Gewähr für eine harmonische Durchführung der Mehrheitsverhältnisse im Reichstage darstellte, falls es gelang, mit den Sozialdemokraten in ein dauerndes und festes Arbeitsverhältnis zu treten. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei glauben zur Zeit die Bildung der Großen Koalition noch nicht gutheißen zu können. Sie sind der Überzeugung, daß der Einigungsprotokoll der deutschen Wirtschaft dadurch geschadet würde, wenn man bei der Gesetzgebung die Wünsche der Sozialdemokraten zu sehr berücksichtigen müßte. Sie glauben, daß die radikalen Forderungen der Sozialdemokraten der Kooperationsparteien mit der Mitte des Landes nicht erträglich sind, ob eine ständige Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten möglich ist und wieweit sie bereit sind, die parteipolitischen Ziele zugunsten einer gesunden Regierungspolitik aufzugeben.

Auch im Zentrum haßt es nur ein Teil der Abgeordneten für geraten, den Sozialdemokraten den Eintritt in die Regierung nahezu legen. Man weiß, daß die kulturpolitischen Geleise mit den Stimmen der Sozialdemokraten nicht durchzuführen sein werden, und es zeugt von einer Uneinigkeit und Unsicherheit der Regierungskoalition, wenn eine Partei aus der Front stränge und gegen die Gesetze Widerspruch erhebt. Es müßte das Ziel jeder Regierungspolitik sein, eine feste Einheitsfront gegen die Opposition zu bilden. Die Demokraten begrüßen den Weg, den der Kanzler beschritten hat, ebenfalls als den augenblicklich gangbarsten und werden ihre persönlichen Beziehungen zu den Sozialdemokraten vollkommen in den Dienst der Verständigungspolitik stellen. Gegen eine enge Forderung mit den Sozialdemokraten sprechen sich die Vertreter der Bayerischen Volkspartei auch aus kulturpolitischen Gründen aus, während sie im übrigen eine Zusammenarbeit mit der Arbeiterpartei im Hinblick auf die innerpolitische Beruhigung und Erhaltung der Staatsautorität begrüßen.

Die Gefahr einer Reichstagsauflösung ist für den Augenblick jedenfalls behoben. Vor dem Augenblick ist die Regierung natürlich nie gefestigt, in dem die Sozialdemokraten es wieder für angebracht halten, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Sie sind und bleiben ein unsicherer Faktor in der Rechnung der Regierung, der ein dauerndes Moment in der Politik darstellt.

## Regierung und Arbeitszeitgesetz.

\* Berlin. In der Presse wurde berichtet, daß die angekündigte Besprechung des Reichstages mit den Gewerkschaften über die Arbeitszeitfrage am gestrigen Freitag stattgefunden hätte und dabei behauptet, daß in maßgebenden Kreisen nicht vor dem 1. Oktober 1928 mit einer endgültigen Inkraftsetzung des Arbeitszeitgesetzes getreckt werde. Demgegenüber wird amtlicherseits darauf hingewiesen, daß die Besprechung zwischen Reichskanzler und Gewerkschaften erst am heutigen Sonntag stattfinden wird und daß sich die Vollständigkeit der Verhandlung über die Inkraftsetzung des Arbeitszeitgesetzes schon daraus ergibt.

## Die Führer der Regierungsparteien bei Rülz.

\* Berlin. Beim Reichsinnenminister Dr. Rülz fand am Freitag abend eine Besprechung der Führer der Regierungsparteien über den Gesetzentwurf zur Verabschiedung von Schmutz und Schmutz statt. Die Konferenz hatte rein informativen Charakter. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

# Parole für Sonntag: Wählt die bürgerliche Einheitsliste!